



Viele Krankenhäuser stehen in einer „existenzbedrohenden Liquiditätslage“

2. KATHOLISCHER KRANKENHAUSTAG

Caritas fordert wirtschaftliche Hilfen für Kliniken

Sofortige wirtschaftliche Hilfen für Krankenhäuser hat die Caritas in NRW gefordert. Auf dem Katholischen Krankenhaustag in Essen verwies der Münsteraner Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz auf zurückliegende Kostensteigerungen, die „zu einer existenzbedrohenden Liquiditäts- und Ergebnislage unserer katholischen Krankenhäuser“ geführt hätten.

Bereits 40 Kliniken in Deutschland hätten in diesem Jahr Insolvenz anmelden müssen, davon fast die Hälfte in NRW. Die Zukunftsfähigkeit des katholischen Krankenhauswesens stehe infrage. Hopfen-

zitz wies darauf hin, dass etliche kommunale Kliniken durch ihre Träger finanziell unterstützt würden - anders als konfessionelle Kliniken. Hopfenzitz sprach in Essen vor über 180 Geschäftsführer*innen und Manager*innen von katholischen Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen.

Von der Politik forderte der Caritasdirektor Rahmenbedingungen, um den seit Jahrhunderten verlässlich und qualitativ hochwertig erfüllten Auftrag weiter gestalten zu können. „Jahrzehntelange Partnerschaft ist nicht einseitig!“, betonte Hopfenzitz. In unzähligen Gesprächen mit Landräten, Bundes- und Landtagsabgeordneten habe die Caritas in den zurückliegenden Monaten ein sogenanntes Vorschaltgesetz im Vorfeld der sich hinziehenden Bundesreform gefordert und weitere Lösungsansätze vorgeschlagen.

Deutliche Kritik übte Hopfenzitz an den

Reformvorschlägen von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD): „Wenn Krankenhäuser geschlossen werden sollen, dann muss die Politik das auch der Gesellschaft so vermitteln und sich nicht hinter Pseudodiskussionen über Transparenz und Qualität verstecken“, sagte Hopfenzitz. Eine „chaotische Bedarfsplanung“ mit Insolvenzen von Krankenhäusern oder einer teilweisen Rekommunalisierung sei ein Armutszeugnis für die Politik und könne zu einer realen Katastrophe für die Versorgung der Menschen werden.

Hopfenzitz warnte vor einer Ausdünnung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Verlierer seien Menschen ohne Auto, ohne Angehörige in Gegenden ohne ausgebauten Nahverkehr. Auch Pflegekräfte seien üblicherweise nicht bereit, 50 Kilometer zur Arbeit zu fahren. „Fallen wohnortnahe Arbeitsplätze weg, werden unterschiedliche Berufsgruppen nicht mehr dem Gesundheits- und insbesondere Krankenhauswesen zur Verfügung stehen“, warnte er mit Blick auf den heute schon drückenden Fachkräftemangel. Auch der Rettungsdienst stoße schon jetzt an seine Kapazitätsgrenzen.

Keine kalte Strukturbereinigung

Die Patientenbeauftragte der Landesregierung NRW, Claudia Middendorf, sieht die Krankenhausplanung in NRW als Vorbild für die Reformen auf Bundesebene insgesamt. Bei der Krankenhausreform helfe keine „kalte Strukturbereinigung, sondern eine am Patientenwohl orientierte Neuordnung“. Middendorf warnte vor einer Verunsicherung der Patientinnen und Patienten und des Personals. „Krankenhäuser sind zu wichtig, um kaputtgespart zu werden“, sagte sie auf der Caritas-Veranstaltung.

Der derzeitige Kostendruck entstehe durch inflationsbedingte Kostensteigerungen, Kostensteigerungen für Medizinprodukte, Arzneimittel und Lebensmittel und nicht zuletzt hohe Tarifsteigerungen. Zuständig für die Refinanzierung der Betriebskosten sei der Bund. Tarifkostensteigerungen müssten kompensiert werden, forderte sie. 📌



AUSGABE DEZEMBER 2023

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

- 🏠 caritas-nrw.de/nachrichten
- 📘 facebook.de/caritas_in_NRW
- ✉️ redaktion@caritas-nrw.de

Menetekel Insolvenzen

Veränderte Rahmenbedingungen und weitreichende Reformen stellen die Krankenhäuser vor große Herausforderungen. Beim 2. Katholischen Krankentag in Essen ging es um die Zukunftsfähigkeit des katholischen Krankenhauswesens. Denn vielerorts ist die Existenz von Kliniken gefährdet. Über den Bundesrat hat derweil das Land Nordrhein-Westfalen vom Bund finanzielle Unterstützung für die Krankenhäuser gefordert.

Rund zwei Drittel der Kliniken befinden sich in akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie müssen befürchten, die Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) überhaupt nicht mehr zu erleben. Das Thema Insolvenz schwebt wie ein Menetekel über den Kliniken.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Thorsten Klute sprach sich in Essen dafür aus, „Krankenhäuser möglichst zu retten, nicht zu schließen“. Deswegen unterstütze die SPD-Landtagsfraktion auch die Bundesratsinitiative aus NRW. „Aber“, so Klute, „lösen wir damit das Problem?“ Man müsse auch zur Kenntnis nehmen, dass die Fallzahlen um 12 Prozent und der Case-Mix-Index gar um 17 Prozent zurückgegangen sei. In einem fallzahlorientierten System führe das zu Erlösrückgängen. Mit Karl Lauterbach sei man im Gespräch. Klute warb vehement dafür, die Schuldenbremse zu verändern, um Investitionen zu ermöglichen. Denn auch das Land müsse bei den Investitionskosten mehr Verantwortung für die Refinanzierung übernehmen.

Die Bindung der Krankeneinnahmen an die Fallzahlen werde sich auch mit der geplanten Bundesreform nicht ändern, prognostizierte Dirk Albrecht, Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Contilia-

Gruppe, einem großen Krankenträger in Essen. Er warnte vor einer Überhitzung im Wettbewerb der Krankenhäuser. „Die Krankenhäuser wollen nicht gerettet werden, sondern sachgerecht und leistungsgerecht finanziert werden“, unterstrich Albrecht. Das einzige Instrument sei, den Landesbasisfallwert sachgerecht anzupassen. Er gestand aber zu, dass auch innerhalb des Katholischen Krankenhausverbandes die Einschätzung vorherrsche, dass nicht alle Standorte gebraucht würden. Wichtig sei, herauszufinden, welche man brauche. Das werde mit dem NRW-Planungsmodell gelingen.

Betriebskosten refinanzieren

Ihr sei es wichtig, dass jeder Mensch innerhalb von 20 Minuten ein Krankenhaus erreichen könne, so Susanne Schneider von der FDP-Landtagsfraktion. Die Menschen dürften das Vertrauen in die Krankenhausversorgung nicht verlieren. Aber die Häuser, die vernünftig wirtschafteten, dürften nicht bestraft werden.

Marco Schmitz, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, wies auf die ungleichen Refinanzierungsbedingungen zwischen kommunalen und konfessionellen Krankenhäusern hin. „Kein Bürgermeister lässt es zu, dass sein Krankenhaus



Die Patientenbeauftragte Claudia Middendorf zeigte sich optimistisch, dass das System der Krankenhausplanung aus Nordrhein-Westfalen auf ganz Deutschland übertragen werden könne. Foto: Achim Pohl

vor Ort geschlossen wird.“ Das sei bei den katholischen Krankenhäusern eben anders: „Die Bistümer sind nicht in der Lage, Geld nachzuschießen“, warnte Schmitz, der für die CDU klar Position bezog und die Bundesratsinitiative erläuterte: „Wir wollen nicht, dass die Krankenhausplanung über Insolvenzen vorgenommen wird!“ Die Betriebskosten der Kliniken müssten refinanziert werden, bis die Krankenhausreform greife.

Dass die Lage dramatisch sei, habe auch die Demo vor dem Landtag gezeigt, sagte Meral Thoms von den Grünen: „Die Botschaft haben wir sehr ernst genommen.“ Es werde dem Thema nicht gerecht, wenn sich Bund und Land gegenseitig die Schuld in die Schuhe schöben. „Auf der Landesebene sind wir mit der Krankenhausplanung Vorreiter“, sagte Thoms. Dazu gehöre auch, die Klimakrise und bei den baulichen Maßnahmen die Entwicklung des Klimas zu berücksichtigen, den Hitzeschutz zu verbessern und erneuerbare Energien mit einzuplanen: „Solche Investitionen sparen Kosten auf lange Sicht.“

Für die katholischen Bistümer in NRW begrüßte Antonius Hamers, Leiter des Katholischen Büros, die geplanten Reformen, auch wenn sie zu Marktvereinigungen führen könnten. „Wir legen allerdings großen Wert darauf, dass die Politik die Verantwortung übernimmt, wenn sie die Rahmenbedingungen ändert“, sagte Hamers. Wenn politische Vorgaben, Reformen bei der Finanzierung und Krankenhausplanungen zu Schließungen von katholischen Krankenhäusern führten, dann sei die Politik gefragt, das zu erklären und öffentlich Verantwortung zu übernehmen. 



Fachpolitische Diskussion auf dem Krankentag der Caritas in NRW

Foto: Achim Pohl

M. LAHRMANN

Menschen würdig unterbringen!

Bei einer gemeinsamen Landespressekonferenz haben Flüchtlingsrat NRW, die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege NRW und die Kooperationspartner der Flüchtlingsberatung in NRW die Landesregierung aufgefordert, grundlegende Standards zur Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden einzuhalten und nachhaltige Lösungen dafür zu finden, Schutzsuchende menschenwürdig unterzubringen und teilhaben zu lassen.

Die Aufnahmeeinrichtungen dienen dem Ankommen und dem Asylverfahren. Dafür brauchen wir in NRW kleinere Unterbringungseinrichtungen mit Verweildauern von wenigen Wochen, Angebote zur Orientierung und Bildung, qualifizierte unabhängige Beratung und abgestimmte Prozesse zum Asylverfahren mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Stattdessen herrschen Überfüllung, Unruhe, Angst - zumal aus diesen ‚Orten des Ankommens‘ auch vermehrt Abschiebungen erfolgen“, sagte Birgit Naujoks vom Flüchtlingsrat NRW. Die aktuelle Unterbringungssituation führe bei vielen, insbesondere jungen Menschen zu Frustration. Sie begünstige psy-

chische und physische Erkrankungen, viele Menschen seien extrem belastet und demotiviert.

Rechtliche Standards einhalten

Michael Mommer, Vorsitzender des Arbeitsausschusses Migration der Freien Wohlfahrtspflege NRW, forderte die Landesregierung auf, rechtliche Standards in sämtlichen Unterkünften des Landes einzuhalten. „Wir stehen weiterhin als zivilgesellschaftliche Partner bereit, an der Zukunftsaufgabe der Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen mitzuwirken“, sagte Mommer. In Unterkünften fehlten Rückzugsräume für Eltern mit Kindern und

abschließbare Sanitäranlagen. Auf besondere Schutzbedarfe von Menschen mit Behinderung oder mit psychischen Erkrankungen werde nicht oder nicht ausreichend reagiert. Darüber hinaus fehle es an Angeboten frühkindlicher Bildung und Beschulung - das Recht der Kinder auf Bildung werde somit verwehrt. Ferner mangle es an Sprachkursen sowie oftmals an strukturierten Freizeitangeboten.

Menschen in Notunterkünften und weiteren Landesunterkünften durchlaufen das Asylverfahren meist ohne Zugang zu unabhängiger Beratung - dies verhindert eine gute Vorbereitung und somit Beschleunigung von Verfahrensprozessen. Die Verfahrensgarantien für Asylsuchende gem. Art. 19 EU-Asylverfahrensrichtlinie sind somit ausgesetzt.

Die Gesundheitsversorgung geflüchteter Menschen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes ist ohnehin auf ein Minimum beschränkt - doch auch dieses Minimum werde unterlaufen, und beispielsweise dringend notwendige fachärztliche Untersuchungen würden in der Regel nicht gewährleistet. 

WELT-AIDS-TAG

Prävention, Beratung und Tests ausweiten

Statistiken belegen, dass 10 Prozent der Menschen mit HIV zum Teil jahrelang nichts von ihrer Infektion wissen. In dieser Zeit können sie schwer erkranken und das HI-Virus unabsichtlich verbreiten. Präventionsarbeit, Beratung und Testangebote sind daher nach wie vor wichtig

HIV/Aids ist aufgrund der inzwischen deutlich besseren Behandlungsmöglichkeiten in den Hintergrund getreten. „Zu Unrecht“, sagt Martin Stockmann, Fachreferent beim Caritasverband für das Bistum Essen. „Dringend geboten ist, in den Hausarztpraxen das Thema Sexualität mehr in den Fokus zu rücken. Im Rahmen der Behandlung sollte häufiger an sexuell übertragbare Infektionen (STIs) gedacht und eine HIV-Testung angeboten werden.“ Präventionsarbeit in Schulen, bei der junge Menschen über Infektionsrisiken aufgeklärt würden und Fragen zu Sexualität, HIV und weiteren STIs behandelt würden, blieben ein wichtiger Baustein der Aufklärung. „Viele Menschen verbinden mit einer HIV-Infektion

eine innere Ablehnung gegenüber bestimmten Personengruppen. Jede und jeder ist aufgerufen, Stigmatisierung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Die persönliche Haltung jedes Einzelnen hat maßgeblichen Einfluss darauf, wie wir Menschen über diese Erkrankung und damit über Sexualität, Schutz, Test und Behandlung sprechen - oder eben nicht. Mit nüchternen Offenheit, Freundlichkeit und Toleranz können alle einen Beitrag zur Beendigung der HIV-Pandemie leisten“, appelliert Stockmann. Am Welt-Aids-Tag haben auch die HIV/Aids-Beratungsstellen der Caritas wieder zu Solidarität und Akzeptanz aufgerufen. Sie wollen in ihrem Engagement für HIV-Positive weiter Zeichen setzen. 

Kampagnenthema 2024

Friedenssicherung und Versöhnung“ in sozialpolitisch und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten, so lautet das Kampagnenthema 2024 der deutschen Caritas. Es bietet die Chance, aufzuzeigen, dass Friedensstiftung zu den Grundaufträgen der Caritas zählt. Die Caritas leistet national und international Beiträge zur Konfliktlösung und für Frieden - sowohl auf der politischen als auch auf der persönlichen Ebene. Mit der Kampagne will die Caritas die persönliche Dimension des Themas stärken, denn hier ist die Caritas aufgrund ihrer Arbeit in den Einrichtungen und Diensten besonders glaubwürdig. Die Kampagne möchte die Menschen dazu einladen, darüber nachzudenken, wie und wo Frieden beginnt und wie dieser gelingen kann, daher der Claim: „Frieden beginnt bei mir.“ Bundesweiter Start ist der 22. Januar 2024. 

WERKSTATTRÄTE

Teilweise erfolgreich

Mit einer Petition hatte sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Caritas-Werkstatträte in NRW an den deutschen Bundestag gewandt. Obwohl die nötige Zahl der Unterstützer*innen nicht erreicht wurde, hat die Petition doch eines der angestrebten Ziele erreicht: Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat schriftlich zugesichert, sich inhaltlich mit der Petition auseinanderzusetzen und den Initiatoren eine Stellungnahme zu übersenden.

In der Petition wurde gefordert, dass der Grundbetrag beim Entgelt vorübergehend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Mit der Petition erhofften sich die Caritas-Werkstatträte eine öffentliche Diskussion über die geplante Reform des Entgeltsystems in den Werkstätten und eine vorübergehende Entlastung der Werkstätten, damit diese wieder einen leistungsgerechten Steigerungsbetrag an die Beschäftigten auszahlen können.

Beim Jahrestreffen der Caritas-Werkstatträte NRW in Gelsenkirchen gab Sonja Haase, Vorsitzende vom Bigger Werkstatttrat der Josefsheim gGmbH und Mitglied im Lenkungskreis der Caritas-Werkstatträte NRW, den Ausgang der Petition bekannt. Insgesamt 22315 Stimmen kamen zur Unterstützung der Petition zusammen. Erst ab 50000 Unterschriften innerhalb von vier Wochen muss sich zwingend der Deutsche Bundestag mit dem Anliegen auseinandersetzen. Obwohl das Quorum nicht erreicht wurde, sicherte der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages Frau Haase schriftlich zu, sich inhaltlich mit der Petition auseinanderzusetzen und den Werkstatträten eine Stellungnahme zu senden. Gelungen ist es zudem, mit der Aktion eine große mediale Resonanz zu erreichen. Das sei schon ein großer Erfolg, so die Einschätzung.  M. L.

UNSICHERE PERSPEKTIVE

Soziale Betriebe vor dem Aus?

Das, wovor sich Soziale Kaufhäuser, Radstationen und andere soziale Betriebe gefürchtet haben, ist nun eingetreten. Erste gemeinnützige Soziale Kaufhäuser schließen zum Jahreswechsel. Und es werden wohl noch mehr, wenn es im kommenden Jahr nicht besser wird.

Die Fachtagung der Caritas in NRW in Düsseldorf bot angesichts der aktuell drohenden massiven Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Hilfen im Bundeshaushalt die Möglichkeit eines fachlichen Austauschs untereinander - und mit der Politik. Die Stimmung auf der Fachtagung war angespannt. Einige Stunden vorher wurde die Nachricht verkündet: Haushaltssperre. Die 70 Vertreter*innen sozialer Betriebe befürchten Schlimmstes. Die Hoffnung, dass die von der Ampel-Koalition angekündigte Mittelkürzung von 700 Millionen Euro zurückgenommen wird, ist weiter gesunken. In sozialen Betrieben lernen Menschen mit verschiedenen sozialen Problemen, psychischer Erkrankung oder Suchtkranke, wieder beruflich Fuß zu fassen. Nicht nur für sie, für ihre Familien und Kinder wären die Kürzungen verheerend, Teilhabe an Arbeit würde gestrichen. Mit der Schließung von sozialen Betrieben fielen auch kostengünstige Angebote von gebrauchter Kleidung, Büchern oder Möbeln weg.

Kürzungen wären verheerend

„Es ist Ende November, und die sozialen Betriebe wissen nicht, ob und wie es in wenigen Wochen weitergeht. Schon jetzt ist klar: Erste Soziale Kaufhäuser werden deshalb im neuen Jahr schließen müssen. Das hat höchst negative Konsequenzen für die langzeitarbeitslosen Menschen und ihre Familien und verursacht eine immer weiter auseinanderdriftende Gesellschaft“, so Ralf Nolte, Diözesan-Caritasdirektor im Erzbistum Paderborn.

René Trenz vom Caritasverband Düsseldorf findet für die Mittelkürzungen im Sozialen klare Worte. Sollte es bei den angekündigten Einschnitten bei der gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung bleiben, stehen im Düsseldorfer Caritas-Kaufhaus Wertvoll zum 1. Januar 2024 90 der 204 Plätzen für Arbeitsgelegenheiten (AGH) auf der Kippe. „Wer beim Sozialen spart, zahlt am Ende drauf“, so Trenz. Das versuchte er auch den Vertreter*innen der Politik deutlich zu machen. „Wir brau-



Diskussion in unsicheren Zeiten: Daniel Hagemeyer (CDU, MdL), Ralf Nolte (Diözesan-Caritasdirektor), Wilfried Oellers (CDU, MdB) und René Trenz, auf dem Bildschirm Beate Müller-Gemmeke (Grüne, MdB)

Foto: Anna Woznicki

chen eine bundesweit einheitliche Infrastrukturförderung“, so der Caritas-Tenor an die Politik. Persönlich könne man das so unterschreiben, sagte zum Beispiel Daniel Hagemeyer von der Landes-CDU. Es sei aber an der Bundesebene, die Schwerpunkte richtig zu setzen. Wilfried Oellers, MdB für die CDU, bestätigte, dass die sozialen Betriebe Planungssicherheit auch über einzelne Haushaltsjahre hinaus benötigen würden. Und Beate Müller-Gemmeke von den Grünen hat große Sympathie für eine Infrastrukturförderung, sieht kurzfristig allerdings im Moment größere Chancen, im Bereich der Instrumente Verbesserungen zu erzielen. Sie fühlte sichtlich mit den Anwesenden, Entwarnung anlässlich der Haushaltssperre für den Fortbestand sozialer Betriebe konnte sie aber auch keine geben. „So ein Urteil gab es bisher noch nicht. Wir sind selbst unsicher“, so die Politikerin.

Die sozialen Betriebe leisteten schon immer viel, um Teilhabe an Arbeit unter harten Bedingungen zu ermöglichen. „Es war schon immer schwierig, aber nie so schwierig wie jetzt“, brachte es Stephanie Krone, Geschäftsführerin SkF Langenfeld ARBEIT+INTEGRATION gGmbH, auf den Punkt. 

ANNA WOZNICKI

Ermittlungen eingestellt

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen zwei Mitarbeiterinnen einer Kindertagesstätte in Burscheid eingestellt. Gegenüber dem WDR teilte Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer mit, dass sich „die gegen die Frauen erhobenen Vorwürfe nach den durchgeführten Ermittlungen nicht erhärten ließen“. Im März sah sich die Kindertagesstätte „Sonnenblume“ der Caritas in Burscheid mit schweren Vorwürfen konfrontiert. Damals hieß es, dass Mütter zwei Erzieherinnen der Kita sexuellen Missbrauch gegen Kinder vorwerfen. Konkreter wurden die Beschuldigungen in der Öffentlichkeit nicht dargestellt.

Jetzt erklärte der Oberstaatsanwalt, dass die „Kinder, deren Mütter Strafanzeige erstattet hatten, für Vernehmungen bzw. - mit Blick auf das Alter der Kinder erforderliche - aussagepsychologische Begutachtungen nicht mehr zur Verfügung standen“. Auch die Vernehmungen

von Eltern weiterer angeblich betroffener Kinder hätten keine konkreten Hinweise auf ein strafrechtlich relevantes Verhalten der Erzieherinnen erbracht. ◀

Muslimischer Wohlfahrtsverband

Der türkisch-islamische Verband Ditib hat unter dem Namen Ihsan den ersten muslimischen Wohlfahrtsverband in Deutschland gegründet. Ziel ist, die Wohlfahrtsarbeit der sunnitischen Organisation bundesweit zu institutionalisieren.

Ihsan solle die Bedürfnisse der muslimischen Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen stillen, teilte die Ditib in Köln mit. Als religiös getragener Wohlfahrtsverband stünden seine Dienste Menschen unterschiedlicher Lebens- und Glaubensorientierungen offen. Das in der arabischen und türkischen Sprache verwurzelte Wort „Ihsan“ umschreibe hierbei die Bedeutung von „sich durch gute Tat und

wohlwollende Absicht dem Menschen im Bewusstsein der Allgegenwart Allahs zuwenden“, heißt es weiter. ◀

Ehrenamtsmedaille für [U25]

Die Suizidberatung [U25] der Caritas Paderborn ist von Landtagspräsident André Kuper mit der Ehrenamtsmedaille des Landes ausgezeichnet worden. Gewürdigt werden mit der neu geschaffenen Auszeichnung herausragende Leistungen, „die Ehrenamtsmedaille soll motivieren, sich für unsere Gesellschaft zu engagieren“, sagte Kuper bei einer Feierstunde im Landtag. Der mit je 3.000 Euro dotierte Preis soll künftig jedes Jahr an Personen oder Gruppen für ihr besonders Engagement für die Demokratie, die Gesellschaft oder das Gemeinwohl vergeben werden. Das Projekt [U25] berät onlinebasiert junge Menschen, die Suizidgedanken hegen. Derzeit steht das Projekt [U25] vor großen Herausforderungen, weil eine dauerhaften Finanzierung unsicher ist. ◀



Aus „NRW, bleib sozial!“ wurde „Köln bleib(t) sozial“. - Weit mehr als 8000 Mitarbeitende mit Kindern und Eltern, Klient*innen und Senior*innen demonstrierten in Köln für eine ausreichende Refinanzierung der sozialen Infrastruktur. Zahlreiche weitere Menschen beteiligten sich an gemeinnützigen Aktionen in verschiedenen Stadtteilen. Rund 500 soziale Einrichtungen blieben am 28. und 29. November in Köln geschlossen, darunter etwa 100 Kitas und zahlreiche Anlaufstellen aus allen Bereichen sozialer Arbeit. Der Liga-Vorsitzende, der Kölner Caritasdirektor Peter Krücker, bezeichnete die Proteste als „historisch“.

Auch in Duisburg gab es Proteste, mit einem Duisburger Appell machten die Wohlfahrtsverbände - für die Stadtgesellschaft sichtbar - auf das leise Sterben der sozialen Infrastruktur aufmerksam. Am 11. Dezember heißt es dann „Oberhausen, bleib sozial!“.

Unterstützende Angebote

Nach drei Jahren Laufzeit hat das Modellprojekt „Prävention und Rehabilitation für pflegende Angehörige“ Konzepte zur Verfügung gestellt, mit denen weitere unterstützende Angebote für pflegende Angehörige fundiert geschaffen werden können.

Sie sind der größte Pflegedienst der Republik: Menschen, die sich um ihren pflegebedürftigen Partner, ihre Eltern oder andere Angehörige kümmern. Allein in NRW sind es mehr als eine Million pflegende Angehörige, die nicht selten an den Rand der Erschöpfung geraten. Doch trotz Rechtsanspruch: Speziell auf pflegende Angehörige ausgerichtete Präventions- und Rehabilitationsangebote gibt es noch viel zu wenige, bestehende werden zudem viel zu wenig genutzt. Lösungen suchte und fand das Verbundvorhaben „Prävention und Rehabilitation für pflegende Angehörige“. Die darin zusammengefassten drei inhaltlich miteinander verbundenen Modellprojekte wurden von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW gefördert. Nach drei Jahren Projektdauer präsentierten die Projektpartner AW Kur und Erholung sowie der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn bei einer Abschlussveranstaltung in der Hochschule Bielefeld die Ergebnisse.

„Unsere Ergebnisse zeigen, wie groß die Bedarfe bei pflegenden Angehörigen sind“, sagte Martina Böhler von der AW Kur und Erholung, die zwei der drei Teilprojekte leitete, die Konzeptentwicklung für die „Stati-

onäre Vorsorge und Rehabilitation für pflegende Angehörige“ sowie das „Case-Management für pflegende Angehörige“. Nun brauche es neben „Einrichtungsträgern mit Herzblut“, die die Konzepte umsetzen, vor allem auch den politischen Willen, die Entlastung von pflegenden Angehörigen voranzutreiben. Wichtig sei auch das Einverständnis der Kostenträger, in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen die Umsetzung der Konzepte in die Praxis zu fördern, sagte Verena Ising-Volmer vom Caritasverband für das Erzbistum Paderborn, die das dritte Teilprojekt leitete, die Konzeptentwicklung für „Begleitangebote für pflegebedürftige Begleitpersonen während einer stationären Reha-Maßnahme eines pflegenden Angehörigen“. Esther van Beber, Direktorin des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, lobte die Ergebnisse. Es sei „eine Mammutaufgabe“ gewesen. Als Caritas mit vielen Zugängen zu Menschen in der ambulanten Pflege wisse man um den Bedarf an Beratung und Angeboten für pflegende Angehörige. Das Wagnis des Projektverbundes mit vielen verschiedenen Partnern habe sich „wirklich gelohnt“.

MARKUS JONAS



NEUSSER FACHGESPRÄCH

Schwerpunkte setzen

Es ist schon kaltschnäuzig, wie die Regierung Soziales kappen und alles Geld in die Wirtschaft pumpen will.“ Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, nahm beim sozialpolitischen Fachgespräch im Neusser Caritashaus International kein Blatt vor den Mund. Auf Einladung des Neusser CDU-Bundestagsabgeordneten Hermann Gröhe (r.) diskutierte sie mit ihm und rund 40 Gästen aus Politik, Verwaltung und Wohlfahrtspflege über die Zukunft der Freien Wohlfahrtspflege in schwieriger Zeit.

„Es ist unser Auftrag, nah bei den Menschen zu sein, die in Not sind“, stellte Marc Inderfurth (l.), Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes Rhein-Kreis Neuss, zu Beginn die Leitplanken auf. Hermann Gröhe machte deutlich: „Die Politik braucht jetzt die Kraft, Schwerpunkte zu setzen. Für uns haben etwa Bildungschancen und die Vermittlung in Arbeit Vorrang vor der Erhöhung von Geldleistungen. Und es gilt, bewährte Angebote vor Ort zu erhalten.“

Frohe Weihnachten!



Mit dem Satz „Euch ist heute der Heiland geboren“ kommt die dreiteilige Weihnachtsbotschaft des Engels zu ihrem Ziel. „Und der Engel sprach zu ihnen: Fürchtet euch nicht! Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird; denn euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der

Stadt Davids. Und das habt zum Zeichen: Ihr werdet finden das Kind in Windeln gewickelt und in einer Krippe liegen.“ Ein Kind in einer Krippe, geboren in einem Futtertrog - dort lässt sich der Heiland finden.

„Heiland“ - darin steckt etymologisch die Bedeutung „heilen, heil machen, gesund werden lassen“. Gott kommt den Menschen nahe in Raum und Zeit und begegnet ihnen in Jesus Christus mit Fleisch und Blut - das ist das Geheimnis der Weihnacht.

**Herausgeber und Redaktion
wünschen allen Leserinnen und
Lesern frohe Weihnachten!**

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfoto: Achim Pohl

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH,

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

anzeigen@bonifatius.de

ISSN 1611-3527